

# „Programmatischer Plattenbau“

Die Programmatik der Linkspartei und ihr Verhältnis  
zum Grundgesetz

# „Programmatischer Plattenbau“

## Die Programmatik der Linkspartei und ihr Verhältnis zum Grundgesetz

### I. „Freiheit durch Sozialismus“ – Das Verhältnis der Linkspartei zum Grundgesetz

#### Die Linkspartei stellt die Systemfrage

Zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und zur Sozialen Marktwirtschaft hat die aus der PDS als Nachfolgerpartei der SED hervorgegangene Linkspartei bis heute kein positives Verhältnis entwickelt. Im Gegenteil: Sie will eine andere Gesellschaftsordnung einführen, die sie mit dem wolkigen Etikett „demokratischer Sozialismus“ beschreibt. Was angesichts der Vergangenheit der Partei wie Läuterung klingen soll, entpuppt sich auf den zweiten Blick als alter Hut. Denn: Bereits die DDR-Staatspartei SED legte in ihrem Gründungsdokument fest: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus...“<sup>i</sup> Hier zeigt sich eindeutig: Nicht nur die Linkspartei selbst steht in Kontinuität zur SED, sondern auch Ziel und Wegbeschreibung haben sich trotz wiederholter Namenshütungen nicht verändert.

Aus ihrer Ablehnung der Ordnung des Grundgesetzes und der Sozialen Marktwirtschaft macht die Linkspartei auch gar keinen Hehl. Ihr Vorsitzender Bisky: „Wir stellen die Systemfrage! Für alle von den geheimen Diensten noch einmal zum Mitschreiben: Die, die aus der PDS kommen, aus der EX-SED, und auch die neue Partei DIE LINKE – wir stellen die Systemfrage.“<sup>ii</sup>

#### Die Linkspartei agiert taktisch

Die Sozialisten haben zur parlamentarischen Demokratie ein lediglich taktisch-instrumentelles Verhältnis entwickelt. Die Teilnahme an Wahlen und die Beteiligung an Regierungen ändern ausdrücklich nichts an ihrem erklärten Willen zur „Systemüberwindung“. In einem

Strategiepapier der Partei heißt es: „Die PDS [steht] in prinzipieller Opposition zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland. [...] Die Frage, ob eine Parlamentsfraktion der PDS sich innerhalb des Parlaments in eine Oppositionsrolle, in eine Situation der Tolerierung [...] oder in eine Koalitionsrolle begibt, berührt nicht das prinzipielle Oppositionsverständnis der PDS. [...] Selbst dann also, wenn die PDS sich auf irgendeiner Ebene in eine Regierungskoalition begeben sollte, [...] würde dies [...] ihren Oppositionscharakter in Bezug auf die herrschenden Verhältnisse nicht beeinträchtigen. [...] Einig sind wir uns dahingehend, dass die PDS unabhängig von der konkreten parlamentarischen Rolle das Schwergewicht ihrer Tätigkeit in außerparlamentarischen Bewegungen und Aktionen sieht und ihr gesellschaftliches Oppositionsverständnis von der jeweiligen Rolle in einem Parlament nicht berührt wird.“<sup>iii</sup>

Dieses Papier wurde auch im gegenwärtig gültigen Grundsatzprogramm festgeschrieben.<sup>iv</sup>

#### Eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei verbietet sich

Wer ungeachtet dieser Tatsachen und Aussagen den Sozialisten dennoch den Status einer „normalen demokratischen Partei“ zubilligen will, der verkennt nicht nur die langfristigen Ziele, die diese Partei verfolgt. Er trägt auch selbst dazu bei, die Ordnung des Grundgesetzes in Gefahr zu bringen.

### II. „Programmatischer Plattenbau“ – Die Programmatik der Linkspartei

#### Gleichheit als zentraler Leitwert

Ziel und Programm der Linkspartei ist die Einführung des Sozialismus. Im Mittelpunkt ihres Handelns und Denkens steht deshalb die

Linkspartei will Sozialismus und stellt Systemfrage

Keine Zusammenarbeit mit Radikalen

Abschaffung der marktwirtschaftlichen Ordnung. Diese wird von der Partei dafür gezielt klassenkämpferisch als „kapitalistisches System“ negativ aufgeladen und der „demokratische Sozialismus“ als angeblich bessere Alternative angepriesen. Dreh- und Angelpunkt des Sozialismus ist die Eigentumsfrage, d. h. die Verteilung materieller Güter. Die Linkspartei strebt ihre möglichst gleiche Verteilung an, unabhängig davon, wer diese Güter erwirtschaftet. So legt sie in ihren Gründungsdokumenten fest: *„Um dieses Ziel einer Neuorganisation gesellschaftlicher Lebenschancen [...] zu erreichen, setzen wir uns ein [...] für eine deutliche Verringerung der Einkommens- und Vermögensunterschiede“*<sup>v</sup>.

#### Die Linkspartei steht für Verstaatlichung

Bevor die Linkspartei jedoch das Eigentum anderer Leute großzügig verteilen kann, muss sie es zunächst „vergesellschaften“, bzw. verstaatlichen. Die Linken lassen dabei oftmals bewusst offen, in welchem Ausmaß und in welcher Form sie Enteignungen vornehmen wollen. Ihre Festlegungen sind allerdings derart weit gefasst, dass sich darunter so gut wie alles subsumieren lässt. So heißt es in den Gründungsdokumenten der Linkspartei: *„Wir streben die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über alle Formen von Wirtschaftsmacht an. [...] Die Demokratisierung der Wirtschaft erfordert, die Verfügungsgewalt über alle Formen des Eigentums sozialen Maßstäben unterzuordnen.“*<sup>vi</sup> Relativ konkret wurde die Partei in ihrem Bundestagswahlprogramm 2005. Danach wird praktisch kein Lebensbereich mehr der privaten Regelung überlassen: *„Die Versorgung der Menschen mit Wasser und Strom, die Müll- und Abwasserentsorgung, der öffentliche Personenverkehr, Post- und Telekommunikation, kulturelle Leistungen, Gesundheitsdienste, Angebote zur sportlichen Selbstbetätigung und das Bildungswesen sind Leistungen, die [...] nicht der privaten Konkurrenz unterworfen werden“*<sup>vii</sup> dürfen.

Die Forderung nach der Verstaatlichung der Wirtschaft wird von Politikern der Linkspartei in den alten wie neuen Bundesländern gleichermaßen erhoben. So bekannte beispielsweise der

heutige Linksparteivorsitzende in Niedersachsen, Dieter Dehm, freimütig: *„Unser Fernziel ist, Konzerne wie Daimler-Chrysler, BMW und Großbanken wie die Deutsche Bank zu vergesellschaften.“*<sup>viii</sup> Und die frisch gewählte Landtagsabgeordnete der Linken in Hessen, Marjana Schott, meint: *„Bahn, Telekom, Strom, Post – das muss alles wieder in Staatseigentum.“*<sup>ix</sup>

#### Die Linkspartei ist gegen freie Medien

Auch die freien Medien sollen nach dem Willen der Linkspartei verstaatlicht werden. Ihre Unabhängigkeit ist der Partei seit langem ein Dorn im Auge, weshalb Lafontaine fordert: *„Die Überführung der Privatsender in öffentlich-rechtliche Trägerschaft wäre mein Herzenswunsch. [...] Ein Fortschritt wäre schon eine Regulierung dergestalt, dass der Gesetzgeber fernsehfremde Tage einführt.“*<sup>x</sup> Kürzlich bekräftigte er: *„Wir brauchen [...] eine Demokratisierung der Medien. [...] Eine freie Presse kann nicht in der Hand der Wirtschaft sein.“*<sup>xi</sup>

#### Die Linkspartei setzt voll auf Planwirtschaft

In ihren umfassenden Verstaatlichungsgelüsten kommt das tiefe Misstrauen zum Ausdruck, das die Linken seit jeher gegenüber dem Menschen hegen. Alles Schlechte erwarten sie vom Einzelnen, alles Gute dagegen vom Staat: Er soll alles richten. Die Sozialisten haben nichts aus dem Zusammenbruch des Sozialismus vor nicht einmal 20 Jahren gelernt. Unbekümmert setzt die Linkspartei weiterhin voll auf die Planwirtschaft, wenn sie schreibt: *„Die Wirtschaft muss mit Hilfe eines [...] staatlichen Rahmens [...] nachhaltig in zukunftsweisende Bahnen gelenkt werden.“*<sup>xii</sup> Und weiter: *„Es ist der Staat, der viel mehr Arbeitsplätze schaffen muss.“*<sup>xiii</sup> Die Rezepte der Sozialisten stammen aus der Mottenkiste. Sie zeigen: In der selbsternannten „Avantgarde der Arbeiterklasse“ herrscht Stillstand, die Linkspartei betreibt „programmatischen Plattenbau“.

#### Die Linkspartei verspricht sozialpolitisch

##### „Freibier für alle“

So restriktiv und staatsgläubig sich die Linkspartei in Eigentums- und Wirtschaftsfragen gibt,

#### Verstaatlichung der Wirtschaft

#### Abschaffung der Medienfreiheit

#### Sozialistische Planwirtschaft statt soziale Marktwirtschaft

so freizügig gibt sie sich bei der Gewährung vermeintlicher sozialpolitischer Wohltaten. Nach dem Motto „Freibier für alle“ ist für jeden etwas dabei. Sie fordert den Ausbau öffentlicher und sozialer Leistungen, die Anhebung öffentlicher Investitionen und anderer Ausgaben um mindestens 40 Milliarden Euro jährlich, die Steigerung der Ausgaben für das Bildungswesen auf sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts, gebührenfreie Kitaplätze für alle Kinder, die Erhöhung des Kindergeldes auf 250 Euro, eine Ausbildungsförderung für Jugendliche ohne Rückzahlungsverpflichtung, einen Rechtsanspruch auf lebensbegleitendes Lernen für Erwachsene und eine höhere Rentenanpassung durch eine veränderte Rentenformel.

#### **Die Linkspartei verspricht zusätzlich kürzere Arbeitszeiten**

Um diese milliardenschweren Vorhaben zu realisieren, ist es nach Ansicht der Linkspartei keineswegs notwendig, länger und härter zu arbeiten. Im Gegenteil: Alles soll möglich sein, bei gleichzeitiger Reduzierung sowohl der Wochen-, als auch der Lebensarbeitszeit. Bei vollem Lohnausgleich und einem gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 1.400 Euro brutto werden die 30-Stunden-Woche und der Renteneintritt mit 60 Jahren angestrebt.<sup>xiv</sup> Dass diese Forderungen angesichts der demografischen Entwicklung auch nur halbwegs realistisch sind, bezweifeln mittlerweile selbst prominente Parteimitglieder. So sagte beispielsweise kürzlich André Brie: „Wir stellen Forderungen und denken zu wenig darüber nach, welche realistischen Lösungsmöglichkeiten es gibt. Wir sind in der Gefahr, eine reine Protestpartei zu werden.“<sup>xv</sup>

#### **Die Linkspartei hat kein Finanzierungskonzept**

Wie das Geld für ihren umfangreichen sozialpolitischen Leistungskatalog bei gleichzeitig sinkendem Arbeitsvolumen erwirtschaftet werden soll, bleibt ein großes Geheimnis der Linkspartei. Wird sie danach gefragt, so gibt sie für alle ihre Forderungen immer wieder ein und dieselbe Antwort: Wiedererhebung der Vermögenssteuer, deutliche Erhöhung der Erbschaftssteuer

und Anhebung des Spitzensteuersatzes. Das Problem: Sie gibt diese eine Antwort auf alle Fragen gleichzeitig und damit jeden Euro mehrfach aus.

So wollen ihre Vertreter die wiedererhobene Vermögenssteuer und eine deutlich erhöhte Erbschaftsteuer nicht nur für die oben genannten milliardenschweren Eingriffen in die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik verwenden, sondern je nach persönlicher Interessenlage auch für familienpolitische Maßnahmen oder zur Senkung des Solidarzuschlags.

Die haushaltpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Gesine Löttsch, tritt beispielsweise dafür ein, den „Solidaritätszuschlag [...] ab 2008 schrittweise um 0,5 Prozentpunkte pro Jahr“<sup>xvi</sup> zu senken und schlägt als Ausgleich unter anderem „eine Erhöhung der Erbschaftsteuer und [...] die Wiedereinführung der Vermögenssteuer“<sup>xvii</sup> vor. Der saarländische Landesverband der Linkspartei fordert zur gleichen Zeit die „bundesweite Einführung eines sozialversicherungspflichtigen Erziehungsgehaltes“<sup>xviii</sup> und schlägt zur Gegenfinanzierung unter anderem „die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Erhöhung der Erbschaftsteuer“ vor.<sup>xix</sup>

Die Sozialisten wollen damit ein und denselben Euro dreimal ausgeben. Schon Adam Riese wusste, dass das nicht geht. Zwei von drei Euro wären nur über Schulden zu finanzieren. Allein diese Luftbuchungen zeigen, dass die Linkspartei selbst nicht weiß, wie sie ihre populistischen Forderungen bezahlen kann. Anstelle solider Finanzpolitik würde der rasante Weg in die Staatsverschuldung zulasten der kommenden Generationen beschritten werden.

#### **Die Linkspartei will Steuern und Abgaben kräftig erhöhen**

Die Sozialisten wollen jedoch nicht nur kräftig an der Schuldenspirale drehen, sondern für weite Teile der Bevölkerung auch Steuern und Abgaben deutlich erhöhen. Anders als die Linkspartei propagiert, zielt ihr Programm kei-

#### **Sozialpopulismus pur**

#### **Unbezahlbare Versprechungen**

#### **Der Marsch in den Schuldenstaat**

neswegs darauf ab, lediglich große und international tätige Konzerne kräftig zur Kasse zu bitten. Auch für die kleinen und mittleren Unternehmen und viele Beschäftigte will sie die Steuern stark erhöhen. So soll der Spitzensteuersatz auf 50 Prozent erhöht werden und ab einem Einkommen von 60.000 Euro greifen. Das Ehegattensplitting soll abgeschafft werden.<sup>xx</sup> Eine 50-prozentige Steuerquote auf alle Einkommen über 60.000 Euro wäre gegenüber heute eine Erhöhung des Steuersatzes um fast 20 Prozent. Dies träfe vor allem die Leistungsträger und den Mittelstand. Sie bilden das Rückgrat unserer Gesellschaft. Die Linkspartei will sie systematisch schwächen.

Neben den Steuern will die Linkspartei auch die Abgabenlast deutlich erhöhen. Die Rentenbeiträge sollen beispielsweise auf 28 Prozent steigen.<sup>xxi</sup> Allein dadurch würde ein durchschnittlich verdienender Vollzeit Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe mit etwa 3.100 Euro Brutto Monatsverdienst ca. 125 Euro netto weniger in der Tasche haben. Weniger Nettogehalt bedeutet auch weniger Anreiz zur Arbeitsaufnahme. Gleichzeitig würden aber auch die Kosten des Arbeitgebers um ebenfalls ca. 125 Euro monatlich steigen. Arbeit würde wieder teurer in Deutschland, die Arbeitslosigkeit würde wieder steigen.

#### **Mit der Linkspartei gäbe es weniger Arbeitsplätze und mehr Arbeitslose**

Für die finanzielle Lage der Arbeitnehmer, die Situation der Unternehmen und die Beschäftigungsperspektiven in Deutschland wäre eine solche Erhöhung verheerend. Wirtschaftsforscher beziffern die Beschäftigungseffekte auf 100 000 bis 200 000 Arbeitsplätze pro Beitragsatzpunkt. Damit würden allein die Rentenpläne der Linkspartei bis zu 1,6 Millionen Arbeitsplätze kosten. Die Arbeitslosenzahl stiege schon dadurch wieder auf über 5 Millionen. Die jüngsten Erfolge am Arbeitsmarkt wären zunichte gemacht. Letztendlich würde sich damit auch die Finanzierungsgrundlage der Sozialversicherungen verschlechtern und die Erfüllung der lin-

ken Versprechen würde noch höhere Beitragsätze mit entsprechend negativen Wirkungen erfordern.

#### **Die Politik der Linkspartei macht arm, arbeitslos und pleite**

Die Antworten der Linkspartei in einer sich rasant entwickelnden globalisierten Welt erschöpfen sich in den Schlagworten Verstaatlichen, Reglementieren und Umverteilen. Die Wirklichkeit nimmt sie nicht zur Kenntnis, stattdessen betreibt sie lieber „programmatischen Plattenbau“. Deutschland braucht jedoch gute Politik, nicht plumpe Parolen. Deutschland braucht Leistung, nicht Lafontaine.

Der Leitwert der Linken ist die Gleichheit, verstanden als Gleichmacherei. In den Mittelpunkt rückt die Partei einen überbordenden Sozialstaat, dessen exorbitante Transferleistungen die Charakterisierung als „sozial“ nicht verdienen. Weil die Sozialisten Fragen der Finanzierbarkeit ausblenden, verschweigen sie auch, wie unsozial ihre maßlosen Forderungen tatsächlich sind. Höhere Steuern und Abgaben, rasant steigende Verschuldung und damit höhere Erblasten für kommende Generationen wären die unausweichlichen Folgen ihrer Politik. Eine solche Politik macht arm, erst den Menschen, dann den Staat. Armut aber ist nicht sozial. Nicht „Freiheit durch Sozialismus“, sondern „Armut durch Sozialismus“ wäre die Realität.

**Steuern und Abgaben rauf**

**Steigende Arbeitslosigkeit**

**Sozialismus macht arm**

- i Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, beschlossen auf dem SED-Vereinigungsparteitag am 21./22. April 1946 in Berlin.
- ii Rede des Vorsitzenden der Linkspartei/PDS, Lothar Bisky, auf der 3. Tagung des 10. Parteitages der Linkspartei/PDS vom 15. Juni 2007, in: DISPUT, 6/2007, Seite 55.
- iii Fünf-Punkte-Papier „Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel.“ Verabschiedet auf der 1. Tagung des 4. Parteitages der PDS im Januar 1995, in: DISPUT, 3/4 1995.
- iv Vgl. Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 6. Dort heißt es: „Die Linkspartei.PDS steht stets vor der Aufgabe zu sichern, dass ihre Arbeit in Parlamenten und in der Exekutive mit ihren strategischen Zielen übereinstimmt.“
- v Programmatische Eckpunkte – Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE, Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei am 24./25. März 2007 in Dortmund.
- vi Programmatische Eckpunkte – Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE, Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei am 24./25. März 2007 in Dortmund.
- vii Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005, Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages, Berlin, 27. August 2005.
- viii Diether Dehm, von 1999 bis 2003 stellvertretender PDS-Bundesvorsitzender, in: BZ vom 14. Juni 2001.
- ix Marjana Schott, in: Die Welt, 5. März 2008.
- x Oskar Lafontaine, in: Junge Welt vom 15. November 2005.
- xi Oskar Lafontaine im Rahmen einer öffentlichen Anhörung der Bundestagsfraktion der Linkspartei in Bad Doberan am 3. Juni 2007.
- xii Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 29.
- xiii Marjana Schott, in: Die Welt, 5. März 2008.
- xiv Alles aus: Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005, Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages, Berlin, 27. August 2005, und: Programmatische Eckpunkte (Gründungsdokumente der Linkspartei), Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24./25. März 2007 in Dortmund und: BT-Drs. 16/5903 (Gesetzentwurf der Abgeordneten Volker Schnieder, Klaus Ernst, Dr. Martina Bunge, Diana Golze, Katja Kipping, Elke Reinke. Dr. Ilja Seifert, Frank Spieth, Jörn Wunderlich und der Fraktion DIE LINKE zur Wiedereinführung der Lebensstandardsicherung in der gesetzlichen Rente vom 4. Juli .2007.)
- xv André Brie, in: Der Spiegel vom 30. Juli 2007.
- xvi Gesine Löttsch, in: Super illu online vom 7. August 2007.
- xvii Ebd.
- xviii „Das sozialversicherungspflichtige Erziehungsgehalt“, in: [http://pds-saar.de/Positionen/Positionen\\_Linkspartei/Familien/familien.html](http://pds-saar.de/Positionen/Positionen_Linkspartei/Familien/familien.html) (Referenzdatum: 1. August 2007).
- xix Ebd.
- xx Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005, Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages, Berlin, 27. August 2005.
- xxi Vgl. BT-Drs. 16/5903 (Gesetzentwurf der Abgeordneten Volker Schnieder, Klaus Ernst, Dr. Martina Bunge, Diana Golze, Katja Kipping, Elke Reinke. Dr. Ilja Seifert, Frank Spieth, Jörn Wunderlich und der Fraktion DIE LINKE zur Wiedereinführung der Lebensstandardsicherung in der gesetzlichen Rente vom 04.07.2007.)

**Herausgeber**

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin  
Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | [info@cdu.de](mailto:info@cdu.de) | [www.cdu.de](http://www.cdu.de)